

**AUF DEN PUNKT
GEBRACHT.**

19. September 2022
6.2022

Woher kommt die Inflation?

Im August lagen die Verbraucherpreise fast 8 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Das Ifo-Institut rechnet für Anfang 2023 mit einem weiteren Anstieg auf 11 Prozent. Langsamere Preissteigerungen werden erst 2024 wieder erwartet. Seit 50 Jahren war die Inflation in Deutschland nicht so hoch.

Hauptgrund für die schnelle Preissteigerung sind die hohen Energiepreise. Erdgas kostete schon Ende 2021 doppelt so viel wie 2020. Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine ist der Gaspreis in ungekannte Höhen geklettert. An der europäischen Energiebörse oder auf kurzfristigen »Terminmärkten« oder »Spotmärkten« kostet Gas zehn- bis 15-mal so viel wie vor einem Jahr. Auch die Strompreise sind seit Mitte 2021 gestiegen und seit Beginn des Kriegs explodiert.

Grund für den Preisanstieg bei Erdgas war zunächst die steigende Nachfrage in Asien, nachdem in der Corona-Krise die Produktion gedrosselt worden war. Die weltweiten Förderkapazitäten waren nicht in gleichem Maße ausgeweitet worden. Russland lieferte weniger Gas aus und wollte damit die Rückkehr zu langfristigen Verträgen durchsetzen. Inzwischen ist der Gasimport aus Russland fast zum Erliegen gekommen, was den Preis weiter nach oben treibt. Als Ersatz für russisches Gas importiert die Bundesregierung verstärkt verflüssigtes Erdgas (LNG). Das ist am Markt nur begrenzt erhältlich. Die zusätzliche Nachfrage treibt so den Preis nach oben. Flüssiggas ist 20 Prozent teurer als durch Leitungen geliefertes Gas, denn die Verflüssigung, die Kühlung auf minus 160 Grad und der Schiffstransport verursachen zusätzliche Kosten. Der Gaspreis wird absehbar höher liegen.

Der Marktpreis für Strom wird vom Gaspreis nach oben gedrückt. Das sieht die Marktordnung der EU seit der Liberalisierung des Strommarkts Ende der 90er Jahre vor: Der in der EU an der Strombörse gehandelte Strom wird zum Preis des teuersten benötigten Stroms verkauft. Das ist derzeit Strom aus Gaskraftwerken. Der Gaspreis schlägt so auf die Strompreise durch, obwohl nur

ca. 15 Prozent des deutschen Stroms aus Gaskraftwerken kommt. Die Hälfte des Stroms kommt aus erneuerbaren Quellen. Entsprechend haben die Energieunternehmen ihre Gewinne im ersten Quartal verdreifacht. Verstärkt wird das Problem durch den Ausfall französischer Atomkraftwerke, so dass zusätzlicher Strom aus Gaskraftwerken erforderlich ist.

Durch die hohen Energiepreise steigen die Kosten für alle Produkte, zu deren Herstellung oder Transport Energie bzw. Wärme nötig ist: Bäckereien, Brauereien oder Stahlwerke; Erdgas ist ein wichtiger Grundstoff in der chemischen Industrie und wird beispielsweise zur Düngherstellung verwendet. Über höhere Preise für Dünger werden wiederum landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel teurer.

Unternehmen rechnen mit der Inflation und erhöhen ihre Preise. Manche Unternehmen schlagen zusätzliche Gewinnmargen drauf. Die Gewinne der Mineralölkonzerne sind mit den Benzinpreisen durch die Decke gegangen: Die Mineralölkonzerne haben weltweit 430 Milliarden US-Dollar zusätzliche Gewinne im ersten Halbjahr 2022 (im Vergleich zu 2021) gemacht.

Die FDP warnt vor zu hohen Staatsausgaben und zu viel Entlastung für die Bevölkerung. Die würden durch zusätzliche Nachfrage die Inflation befeuern. Das Gegenteil ist wahr: Wegen der hohen Energierechnungen müssen viele Menschen bei ihren sonstigen Ausgaben sparen. Das Ifo-Institut warnt vor einer Rezession, weil die private Nachfrage einbricht. Für 2023 rechnen sie mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland um 0,3 Prozent. Menschen haben derzeit nicht zu viel Geld, sondern zu wenig.

Um die Inflation zu stoppen, müssen die Energiepreise sinken:

■ Gas- und Strompreise für Verbraucher*innen deckeln. Frankreich, Spanien, Portugal, Norwegen, Slowenien, Kroatien, Rumänien und Belgien machen es vor.

■ Auf den Strompreis an den Börsen

muss ein Deckel. Kraftwerke mit Kosten über dem Höchstpreis, vor allem Gaskraftwerke, erhalten einen Ausgleich der Mehrkosten.

■ Übergewinne der Energiekonzerne besteuern. Gibt es in Griechenland, Frankreich, Spanien, Italien und Ungarn schon. Mit einer angemessenen Quellensteuer könnten auch die in Deutschland erwirtschafteten Profite der Ölfirmen hier versteuert werden. Dann könnte die Übergewinnsteuer 100 Milliarden Euro einbringen.

■ Die Energiepreise werden auch durch den Hochfrequenzhandel an den Börsen angetrieben. Höchste Zeit für eine europaweite Finanztransaktionssteuer!

■ Energie in Bürger*innenhand! Wir wollen Strom- und Wärmenetze in die öffentliche Hand überführen, große Energiekonzerne vergesellschaften. Mit Stadtwerken und Windkraftanlagen in kommunaler Hand stärken wir das öffentliche Eigentum – und sichern bezahlbare Preise.

■ Mieten bundesweit deckeln, um weitere Preissteigerungen zu verhindern.

■ Alle Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen müssen Inflationsgeld von monatlich 125 Euro plus 50 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied erhalten.

**Menschen entlasten.
Preise deckeln.
Übergewinne besteuern.**



Unterschreibe den Aufruf
www.die-linke.de/preisdeckeln

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de
Tel. 030/24009999

DIE LINKE.